

**Anwesend:**

Herr Wiegand      OTBM  
Herr Zeh  
Herr Nolte  
Herr Dieck  
Herr Knauer  
Herr Bierbach  
Frau Sickert  
Frau Simon    Protokoll

**Gäste:**

Mitarbeiter des Ordnungsamtes, Herr Baar - Presse, 3 Bürger aus WE-Nord

**1. Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung**

Hier Wiegand begrüßte die Teilnehmer und die Gäste der Ortschaftersitzung. Er begrüßte insbesondere die Vertreter des Amtes für ....., die der Einladung des Ortschafterrates gefolgt sind.

**2. Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2018**

Der Inhalt der vorgelegten Niederschrift wurde bestätigt. Nach redaktioneller Überarbeitung des Textes wird sie zeitnah auf der Homepage veröffentlicht  
**Verantwortlich:** Herr Zeh

**3. Auflagen- und Terminkontrolle**

Zur Problematik des Zugangs zum NSG Südlicher Ettersberg wurde ein Schreiben des Ortschafterrates gefertigt, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, dass die in der OTR-Sitzung am 16.08.2019 von Frau Lüth behandelten Fragen am Inhalt der vom OTR aufgeworfenen Frage vorbei gehen. Um erneute Behandlung dieser Thematik wurde deshalb gebeten.

Herr Wiegand informierte, dass der OB keine Aussage über die Höhe der Kosten für den Straßenausbau am Kindergarten Bummi treffen konnte. Er wird diesen deshalb selbst einbringen

**Neue Festlegung:**

Einbringung des Antrags zur Bereitstellung der Mittel zur grundhaften Erneuerung des Verbindungsweges zwischen Allstedter Straße und Bonhoefferstraße (vor Bummi)

**Verantwortlich:** Herr Wiegand

Die Stadt wurde erneut um Entsendung eines Vertreters der Ordnungsbehörde in eine Öffentliche Ortschaftersitzung gebeten. Dieser Bitte wurde entsprochen (siehe hierzu TOP 4)

#### **4. Engere Zusammenarbeit mit der zuständigen Ordnungsbehörde**

Seitens der Stadt nahmen Frau Dr. Stoll, Bußgeldstelle und Herr Böhme, Amtsleiter für Bürgerangelegenheiten der Stadt, an der Beratung teil.

Frau Dr. Stoll informierte über regelmäßige Kontrollen des ruhenden sowie des rollenden Verkehrs und hob hervor, dass auch eine Reihe von Bußgeldbescheiden erteilt worden seien.

Herr Böhme betonte die personelle Situation der Stadt und stellte heraus, dass eine Vielzahl der von den Bürgern gewünschten Aktivitäten zur Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit objektiv nicht erbracht werden können. Daraus abgeleitet hob er die Notwendigkeit einer engen Mitwirkung der Bevölkerung hervor und empfahl, Mängel, Hinweise und Kritiken zeitnah an die zuständige Ordnungsbehörde heran zu tragen.

Herr Nolte, Herr Wiegand und Herr Zeh zeigten einerseits Verständnis dafür, dass der Ordnungsbehörde personelle Grenzen bei der Durchführung von Kontrollen gesetzt sind, andererseits betonten sie aber auch ihr Unverständnis darüber, dass offensichtliche Mißstände teilweise über Monate nicht erkannt bzw. abgestellt werden. Als Beispiele hierfür wurden monatelang vermüllte Fernsprechkäuschen und Wartehäuschen, aber auch der unhaltbare Zustand im Bereich der Straßenunterführung Ettersburger Straße angesprochen.

Der Ortsteilrat wird sich bemühen, die Information der Bürger dahingehend zu verbessern, dass festgestellte Mängel künftig schneller und umfassender der Ordnungsbehörde gemeldet werden.

#### **Neue Festlegung:**

Veröffentlichung der Zuständigkeitsbereiche und Kontaktadressen des „Amtes für Bürgerangelegenheiten, Recht und Ordnung“ im Infoblatt 1/2019 sowie auf der Homepage des Ortsteiles WE-Nord bis spätestens 30.04.2019

**Verantwortlich:** Herr Zeh

Als absolut unzureichend wurde die Stellungnahme von Herrn Böhme aufgefasst, wonach man seitens der Stadt angeblich kaum Einfluss auf die Abstellung von Mängeln in Bereichen habe, für die die Stadt selbst nicht verantwortlich sei.

Der Ortsteilrat vertritt hierzu abweichend die Auffassung, dass die Stadt eine Verantwortung dafür trägt, dass Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in allen öffentlich zugänglichen Bereichen gewährleistet wird, unabhängig davon, in welcher Zuständigkeit sich diese Bereiche befinden.

#### **Neue Festlegung:**

Künftig ist der diesbezügliche Standpunkt des Ortsteilrates deutlich zu machen und die Stadt schriftlich zu Handlungen aufzufordern, wenn notwendige Maßnahmen mit Hinweis auf „fremde Zuständigkeit“ unterbleiben, obwohl sie zur Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Wohngebiet gehören. (Einschätzung über hierzu vom Ortsteilrat verfasste Schreiben bis 30.09.2019)

**Verantwortlich:** Herr Zeh

## **5. Information über die Ergebnisse der Beratung mit dem Konsum zum Fortgang des Projekts „Panoramablick“**

Nach entsprechenden Absprachen mit dem Konsum informierte Herr Wiegand über den aktuellen Stand zum Bauvorhaben „Panoramablick“. Die gegenwärtige Form der Information und Abstimmung über anstehende Aufgaben soll aufrecht erhalten werden. Es wird eingeschätzt, dass auf Grund des Umfangs und der Dauer des Vorhabens zeitweise auftretende Behinderungen nicht zu vermeiden sind und deshalb auch um Verständnis geworben werden muss.

### **Neue Festlegung:**

In Abstimmung mit dem Konsum sind geeignete Formen zu finden, die eine regelmäßige Information über den Fortgang des Bauvorhabens sichern und gleichzeitig die umfassende und rechtzeitige Information der Bevölkerung gewährleisten. Dem Konsum kann dabei auch die Unterstützung bei der Wahrnehmung der Informationstätigkeit (z.B. im Rahmen der Ortsteilinfo-Blätter) und bei der kurzfristigen Meldung von Problemen aus der Sicht der Bevölkerung zugesagt werden.

**Verantwortlich:** Herr Wiegand

## **6. Information und Reaktion der Stadt Weimar zur Frage NSG und Vorbereitung einer Antwort an Frau Dr. Kolb**

Eine Antwort zu unserer erneuten Anfrage betr. Zugang zum NSG ist erst am 15.11.2018 (also heute) beim Ortsteilbürgermeister eingegangen. Der gewünschten Teilnahme eines Vertreters der Stadt zur erneuten Behandlung des Themas in einer Öffentlichen OTR-Sitzung wurde damit nicht entsprochen. Im Antwortschreiben der Stadt wird sinngemäß zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt keine Möglichkeiten zur Sicherung des Fußgängerzugangs von der Umgehungsstraße aus sieht, früher gegebene Zusagen in Abrede stellt und offenbar auch nicht vor hat, den Ortsteil in seinem Anliegen aktiv zu unterstützen.

Der Ortsteilrat ist der Auffassung, dass die seitens der Stadt vorgebrachten Argumente nicht schlüssig sind und teilweise das Anliegen des OTR offensichtlich missverstanden wird. Das darüber hinaus in Einwohnerversammlungen des OB abgegebene Zusagen der Stadt (Herr Bleicher) heute unbekannt sein sollen, ist nicht nachvollziehbar.

### **Neue Festlegung:**

Der Standpunkt des Ortsteilrates zum NSG-Zugang ist noch einmal ausführlich darzustellen und an die Stadt, Frt. Dr. Kolb, mit der Bitte zu verbinden, die Thematik in einer gemeinsamen Beratung mit NABU, Schäferiebetrieb, Stadt und OTRat zu behandeln

**Verantwortlich:** Herr Zeh

## **7. Erste Auswertung der Einwohnerversammlung vom 12.11.2018**

Eine erste Auswertung der Einwohnerversammlung zeigt, dass diese die Erwartung der Einwohnerinnen und Einwohner nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt hat. Die Mitglieder des Ortsteilrates stimmen in der

Einschätzung überein, dass Oberbürgermeister und anwesende Vertreter der Stadt relativ schlecht vorbereitet waren.

Auf die teilweise seit Jahren diskutierten Probleme wurden keine neuen Antworten gegeben, der ewige Verweis auf nicht ausreichende materielle und personelle Ressourcen sowie auf fehlende Zuständigkeiten lassen nicht erkennen, ob bzw. wie eine Lösung in absehbarer Zeit erreicht werden kann

#### **Neue Festlegung:**

Die Einwohnerversammlung ist im Infoblatt 3/2018 umfassend auszuwerten. Dabei sollten insbesondere die Fragen Bürgerzentrum Weimar-Nord, Verbindungsweg vor „Bummi“, Entwicklung von Versorgungseinrichtungen (ALDI-Nachfolge ?), barrierefreie Haltestellen, Veränderung der Ortsteilzuschnitte, Zugang zum NSG „Südhang Ettersberg“, Wirksamkeit des „Amtes für Bürgerangelegenheiten, Recht und Ordnung“ detailliert betrachtet werden

**Verantwortlich:** Herr Zeh

### **8. Vorbereitung des Ortsteil-Infoblattes 3/2018**

Herr Zeh informierte, dass in Anbetracht der relativ umfangreichen Themenstellungen das Infoblatt erstmalig mit einem Umfang von 12 (statt standardmäßig 8) Seiten gestaltet werden muss. Da im Infoblatt u.a. auch die Einwohnerversammlung des OB und die Auswertung des Adventsfestes erfolgen soll, muss der Erscheinungstermin verschoben werden. Trotzdem soll abgesichert werden, dass das Infoblatt bis spätestens 15.12.2018 in allen Haushalten WE-Nords vorliegt.

Zum Inhalt wurden folgende Schwerpunkte festgelegt:

- Auswertung der Einwohnerversammlung und schwerpunktmäßiger Hinweis auf besonders wichtige Fragen
- Auswertung des Adventsfestes
- Informationen zur Arbeit des Vereins „Bürgertreff Weimar-Nord e.V.“
- Information zur Arbeit der „Schreibwerkstatt“
- Informationen zur Stiftung „wohnen plus ...“
- Weihnachts-/Neujahrsgrüße mit Dank für Unterstützung des OTRates und des Vereins „Bürgertreff WE-Nord e.V.“

### **9. Sonstiges**

#### ***Adventsfest***

Das Adventsfest WE-Nord wird am 29.11.2018 im Gelände der Cranach-Schule durchgeführt. Es wurde durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Nahtstelle gut vorbereitet. Die Schirmherrschaft wird vom Oberbürgermeister, Herrn Kleine, übernommen.

Eine noch zu Kontroverse zwischen Nahtstelle und Ortsteilrat zur Verantwortlichkeit für die Organisation und Durchführung des Festes muss möglichst einvernehmlich und zeitnah geklärt werden.

#### ***Lärmschutzwand***

Eine Anfrage des Ortsteilrates Gaberndorf, ob die Lärmschutzwand an der Umgehungsstraße durch organisierte Graffiti-Arbeiten gestalterisch aufgewertet werden kann, wurde seitens des Ortsteilrates so entschieden,

dass generell keine Einwände gegen die Gestaltung bestehen, sofern daraus keine Verpflichtungen für den Ortsteil WE-Nord bzw. den Ortsteilrat entstehen.

**Anfrage eines Bürgers an das Landesverwaltungsamt**

Die Anfrage eines Bürgers an das Landesverwaltungsamt zum Ratsbeschluss über die Bildung neuer und die Veränderung bestehender Ortsteile wurde zur Kenntnis gegeben. Da sich die in dieser Anfrage kritisierte Art und Weise des Zustandekommens und des Umgangs mit dieser Thematik vollinhaltlich mit der Auffassung des Ortsteilrates deckt, wurde dem Bürger signalisiert, dass er sich darauf berufen kann, in dieser Angelegenheit zugleich auch im Namen des Ortsteilrates zu sprechen.

